



## Endlagersuche: Infobrief für Kommunen

September 2023

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Dezember 2022 haben wir Sie in einem Infobrief darüber informiert, dass die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) mbH für die Standortsuche für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle erheblich mehr Zeit veranschlagt als bisher bekannt war. Die BGE mbH ist als Unternehmen mit der Suche beauftragt und informierte im Herbst 2022 in einer ersten Terminplanung von einer Zeitspanne von 2046 bis 2068 für die Standortentscheidung, die gemäß Standortauswahlgesetz (StandAG) für das Jahr 2031 angestrebt war. Diese Zeitplanung enthält noch unterschiedliche Szenarien und ist noch mit erheblichen Unsicherheiten versehen.

### **Forderung des BASE: Orientierung aller Verfahrensbeteiligten an der Benchmark 2046**

Aus der neuen Zeitschätzung bei der Standortsuche ergeben sich für den Gesamtblick auf die nukleare Sicherheit in Deutschland Wechselwirkungen, beispielsweise einer längeren Zwischenlagerung der hochradioaktiven Abfälle oder zur Endlagerung schwach- und mittelradioaktiver Abfälle bis hin der langfristigen Finanzierung. Diese Wechselwirkungen verdeutlichen die Notwendigkeit eines belastbaren Zielhorizonts für die Standortbenennung.

Das BASE hat aus diesem Grund die am Verfahren beteiligten Akteure dazu aufgerufen, bei der Erarbeitung eines belastbaren Zeitplans für die Standortsuche zusammenzuarbeiten. Das von der BGE mbH genannte [Jahr 2046 sollte als Benchmark](#) dienen und die Standortsuche so weiterentwickelt werden, dass dieses Ziel erreicht werden kann. Das Jahr 2046 ist in diesem Zusammenhang ein methodischer Anhaltspunkt, um zu reflektieren, was benötigt wird, um unter der Maßgabe Sicherheit in einem vertretbaren Zeitraum die Endlagerung zu realisieren. Ziel ist eine solide und zugleich ehrgeizige Planung, die allen Akteuren, den betroffenen Regionen und Zwischenlagergemeinden Orientierung, Klarheit und Planungssicherheit ermöglicht.

### **Reflexion des Standortauswahlverfahrens gestartet**

Bereits im Februar 2023 hat das BASE in seiner [Stellungnahme zur Zeitperspektive des Endlagersuchverfahrens](#) die Notwendigkeit einer grundlegenden Evaluation dargestellt. Die Stellungnahme hat sich inhaltlich mit den Zeitschätzungen der BGE mbH auseinandergesetzt und benennt die verschiedenen Wechselwirkungen mit anderen Bereichen der Entsorgung nuklearer Abfälle sowie mögliche Risiken. Das BASE empfiehlt darin, das Suchverfahren grundlegend zu analysieren und mit allen an der Suche beteiligten Institutionen zu reflektieren.

Den Reflexionsraum für das Standortauswahlverfahren und die Wechselwirkungen auf die nukleare Entsorgung hat das BASE im Juli 2023 eröffnet, und die BGE mbH, das Nationale Begleitgremium (NBG) und die Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) mbH zum Dialog eingeladen. Konkrete Beschleunigungspotenziale im Verfahren, insbesondere für Phase I Schritt 2, werden zudem in einem fachaufsichtlichen Arbeitskreis mit dem Bundesumweltministerium (BMUV) diskutiert.

#### **Geschäftszeichen**

B1 - BASE - BASE31132/002#0003

**Bundesamt  
für die Sicherheit  
der nuklearen Entsorgung**  
Wegelystraße 8  
10623 Berlin

kommunen@base.bund.de  
[www.base.bund.de](http://www.base.bund.de)

## **Ausblick: Forum Endlagersuche am 17. und 18. November 2023 in Halle (Saale)**

Das Thema „Zeitperspektive und Wechselwirkungen“ ist auch eines der Schwerpunktthemen des Forums Endlagersuche im November 2023. Das Forum Endlagersuche ist ein offener Diskussions- und Vernetzungsort. Hier erhält die Öffentlichkeit Einblicke in den aktuellen Stand der Endlagersuche und zu den Schritten zur Einengung der Teilgebiete auf Standortregionen. Das Forum ermöglicht Diskussionen zu Herausforderungen des Verfahrens sowie den Wissenstransfer in die Öffentlichkeit.

Das Forum richtet sich insbesondere auch an Vertreter:innen kommunaler Gebietskörperschaften, die über die gesamte Laufzeit des Standortauswahlverfahrens eine wichtige Rolle spielen. Auch in diesem Jahr wird es Veranstaltungen und Programmpunkte geben, die für Kommunen von besonderem Interesse sind.

Bitte notieren Sie sich den Termin für das **2. Forum Endlagersuche am 17. und 18. November 2023** in der Deutschen Akademie der Naturforscher e.V. Leopoldina in Halle (Saale). Eine Einladung mit dem umfangreichen Programm wird Ihnen in den nächsten Tagen zugehen. Falls Sie es nicht nach Halle schaffen: Eine Online-Teilnahme am Hauptprogramm ist ebenfalls möglich.

## **Rückblick: Das BASE Info-Mobil tourt durch Deutschland**

Im Frühjahr und Sommer 2023 hat das BASE mit seinem **Info-Mobil** viele Menschen im ganzen Land erreicht. Über 3.700 Besucher:innen konnten die BASE-Mitarbeiter:innen während der ersten 18 von insgesamt 22 geplanten Stationen begrüßen und über die Endlagersuche informieren.

Sie möchten, dass wir auch in Ihrer Stadt oder Gemeinde über die Endlagersuche informieren? Schreiben Sie uns an: [kommunen@base.bund.de](mailto:kommunen@base.bund.de).

## **Hintergrund: Stand der Endlagersuche**

Aktuell befindet sich die Endlagersuche in der ersten von drei Phasen. Der erste Schritt der Phase I ist abgeschlossen: Die BGE mbH hat geologische Daten der Bundesrepublik gesammelt und ausgewertet. Den ersten Arbeitsstand hat die BGE mbH in Form eines Zwischenberichts im Jahr 2020 veröffentlicht. Die BGE mbH hat im Zwischenbericht 90 Teilgebiete ausgewiesen, die 54 Prozent des Bundesgebiets umfassen. Das Ergebnis wurde in der vom BASE einberufenen Fachkonferenz Teilgebiete öffentlich zur Diskussion gestellt.

Aktuell arbeitet das Unternehmen im zweiten Schritt der Phase I daran, die 90 Teilgebiete durch vertiefende Betrachtungen auf so genannte Standortregionen einzugrenzen und diese in einem Vorschlag dem BASE zur Prüfung vorzulegen. Das BASE wird in allen dann vorgeschlagenen Standortregionen Regionalkonferenzen gemäß § 10 Standortauswahlgesetz einrichten. Damit wird eine umfassende Beteiligung auch der kommunalen Gebietskörperschaften vor weiteren Festlegungen ermöglicht. Nach der Beteiligung der Öffentlichkeit und Prüfung der gesetzmäßigen Vorgehensweise endet die Phase I mit einer Entscheidung des Bundestags, welche potenziellen Standortregionen in der Phase II vertieft auf ihre Eignung für ein Endlager untersucht werden sollen.

Wir halten Sie weiterhin über aktuelle Entwicklungen der Endlagersuche auf dem Laufenden. Telefonisch (+49 30 18 4321-7107 / -7101) oder per E-Mail ([kommunen@base.bund.de](mailto:kommunen@base.bund.de)) stehen wir gerne für Fragen und Austausch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Ina Stelljes  
Abteilungsleiterin Beteiligung, BASE